

Politischer Islam

Leitantrag



Vorlage zum CSU-Parteitag am 4./5. November 2016 in München

A. Einleitung

Der Politische Islam ist die größte Herausforderung unserer Zeit.

In den letzten Jahrzehnten hat keine andere ideologische Bewegung weltweit so viel Gewalt, Zerstörung und Destabilisierung hervorgebracht wie der Politische Islam. Terrorismus, Bürgerkriege, zerfallende Staaten und kulturelle Konflikte gehören zu seiner **schrecklichen Bilanz**. Auch in Europa spüren wir die Auswirkungen unmittelbar. Europa ist das Ziel von Migrationswellen ungekannten Ausmaßes, von islamistischen Terrorattacken und von schärfer werdenden kulturellen Diskrepanzen.

Der Politische Islam speist sich aus religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus. Er propagiert einen **allumfassenden Geltungsanspruch** des islamischen Rechts in einer **totalitären Auslegung** für alle Bereiche von Staat, Recht und Gesellschaft. Der Politische Islam versucht mit allen Mitteln und in letzter Konsequenz auch mit Gewalt, eine allein religiös legitimierte Gesellschafts- und Staatsordnung durchzusetzen. Die Bandbreite umfasst dabei so unterschiedliche Phänomene wie Terrorattacken, die Anwerbung junger Menschen durch Salafisten, die Abschottung in Parallelgesellschaften oder die Ausweitung gesellschaftlichen Einflusses für seine Ideologie.

Der islamistische Fundamentalismus richtet sich ganz grundsätzlich **gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung** und **gegen unsere offene Gesellschaft**. Der Politische Islam lehnt einerseits unsere offene und freiheitliche Gesellschaft ab und hat sie zu seinem Feindbild gemacht. Andererseits bedient er sich bei vielen seiner Aktivitäten gerade der Freiheitsrechte und der Offenheit unserer Gesellschaft. Religionsfreiheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie kulturelle Toleranz nutzt der Politische Islam für seine Zwecke aus und versucht damit, unsere offene Gesellschaft durch ihre eigenen Werte zu bekämpfen.

Der Islam ist kein Feindbild – die Religionsfreiheit ist unbestritten.

Wir wollen keine Herabwürdigung einer Religion oder einzelner Gläubiger. Ganz im Gegenteil: Wir stehen uneingeschränkt zur Glaubens- und Religionsfreiheit. Weltweit gibt es über 1,5 Milliarden Muslime. Auch etwa vier Millionen Menschen in Deutschland leben und praktizieren den islamischen Glauben. Sie können sich voll und ganz **auf die Religionsfreiheit** unseres Grundgesetzes **berufen** und sollen ihren **Glauben frei ausüben** und praktizieren können. Der Islam hat eine beeindruckende Tradition hervorgebracht, die bis nach Europa hineingewirkt hat, zum Beispiel in der Philosophie, der Dichtung oder Wissenschaft. Der Islam gehört zu den monotheistischen und abrahamitischen Hochreligionen. Wir fühlen uns einem ernsthaften interreligiösen Dialog verbunden und **begegnen dem Islam mit Wertschätzung**. Gegenseitiges Verständnis und Respekt sollen durch einen vielschichtigen Austausch gefördert werden.

Deshalb ist es wichtig, den **Politischen Islam gesondert von der Religion** Islam zu **betrachten**. Es wäre grundfalsch, den Islam reflexartig mit dem Politischen Islam zu identifizieren oder gleichzusetzen. Umgekehrt kann auch der Islam in Deutschland von einer Auseinandersetzung mit dem Politischen Islam profitieren. Die trennscharfe Unterscheidung von Islam und Politischem Islam beugt Islamfeindlichkeit vor und verhindert eine pauschale Verunglimpfung der Religion und ihrer Anhänger. Die Bekämpfung des Politischen Islam sollte im ureigenen Interesse des Islam und der in Deutschland lebenden Muslime sein.

Die CSU setzt sich als erste Partei in Deutschland mit dem Gesamtphänomen des Politischen Islam auseinander.

Wenn wir gesellschaftspolitische Entwicklungen auch künftig verantwortungsvoll gestalten wollen, müssen wir den Politischen Islam in all seinen Schattierungen betrachten. Als wertorientierte Volkspartei wollen wir uns dieser Herausforderung stellen und eine **differenzierte Analyse** vornehmen sowie Schlussfolgerungen für unser politisches Handeln daraus ziehen.

Wir haben **vier Themenfelder** identifiziert, die für diese Betrachtung zentral sind:

- 1) Terrorismus und Krieg – Ideologie der Gewalt
- 2) Der Totalitarismus des Politischen Islam
- 3) Kulturelle Dominanz des Politischen Islam
- 4) Der Politische Islam als Integrationshindernis

Die offene Gesellschaft hat nur dann Zukunft und kann geschützt werden, wenn sie den **Kampf mit dem Politischen Islam aufnimmt**. Wir müssen selbstbewusst formulieren, was unsere Gesellschaft zusammenhält, und unsere **Leitkultur** zum **Maßstab der offenen Gesellschaft** machen. Die Veränderungen in der islamischen Welt durch den Politischen Islam sind bedenklich und gefährlich. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sie unsere Gesellschaft nicht negativ beeinflussen und nationale Maßnahmen zu ergreifen. Die CSU wird den destruktiven Bestrebungen des Politischen Islam mit aller Kraft begegnen. Derartigen Angriffen auf unsere Werte und der Ausnutzung unserer Rechte stellen wir uns entschieden entgegen.

B. Der Politische Islam

1. Terrorismus und Krieg – Ideologie der Gewalt

Der Politische Islam nutzt den Koran zur Legitimation von Gewalt.

Der Politische Islam pervertiert und missbraucht den Islam und seine heilige Schrift, den Koran. Er nutzt einzelne Aussagen des Koran für seine Zwecke, wie zum Beispiel diese: „Mohammed ist der Gesandte Allahs. Und die, die mit ihm sind, sind hart gegen die Ungläubigen, doch barmherzig zueinander“ (Sure 48, 29). In einer kritischen Exegese würde gewaltbeschönigenden Textpassagen allein historische, aber keine

normative Bedeutung zugesprochen. Ohne eine solche Exegese kann der Politische Islam daraus eine **ideologische Begründung für Gewalt**, hegemoniales Streben und Machteinfluss entwickeln. Hier hat auch die muslimische Geistlichkeit die Verantwortung, zu **kritischer Auslegung und Gewaltkritik** beizutragen.

Der Politische Islam führt Kriege im Namen der Religion.

Der Dschihad wird vom Politischen Islam zur Rechtfertigung und Verherrlichung von Gewalt benutzt. Wo der Islam politisch missbraucht wird, herrscht **Gewalt gegen andere Religionen**: gegen das Judentum in Palästina, gegen das Christentum etwa in Mali, gegen den Hinduismus in Indien, gegen den Buddhismus in Südasien. Zudem treibt er viele innerislamische Konflikte an, vorwiegend zwischen Sunniten und Schiiten. Er richtet sich letztlich auch gegen die Muslime, die nur ihre Religion ausüben wollen und sich hierbei nicht auf den Politischen Islam beziehen.

- Im **Irak** herrscht nach wie vor der innerislamische Konflikt zwischen der sunnitischen Minderheit und der schiitischen Mehrheitsbevölkerung. Im Jahr 2015 gab es im Irak 2.418 Terroranschläge mit 6.932 Toten.
- Die Bürgerkriege in **Libyen** haben tausenden Menschen das Leben gekostet. Neben der Konkurrenz um Ressourcen, verläuft die Konfliktlinie zwischen islamistischen Kräften und einem eher säkularen Lager.
- Seit Gründung des Staates **Israel** kam es zu zahlreichen Kriegen mit arabischen Staaten. Mit dem Aufkommen des islamischen Fundamentalismus in den 1970er Jahren ist dies in einen Dauerkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern übergegangen. Maßgeblicher Antreiber sind auf palästinensischer Seite die Kräfte der radikal-islamischen Hamas. Die Hamas strebt die Gründung eines islamischen Staates auf dem Gesamtgebiet der heutigen Staaten Israel und Jordanien an. In den letzten Monaten wird Israel durch eine Welle von Messerattacken junger Palästinenser erschüttert.
- In **Pakistan** herrscht ein bewaffneter Konflikt zwischen der Armee Pakistans und Islamisten. In 2015 gab es in Pakistan 1.009 Terroranschläge mit 1.081 Toten. Im indischen Kashmir kämpfen muslimische Separatisten für die Unabhängigkeit Kashmirs bzw. die Angliederung an Pakistan. Auf das Konto dieses Konflikts gehen zahlreiche Terrorakte in ganz Indien.
- Im Süden **Thailands** führen seit Jahren malaiisch-muslimische Separatisten einen Kampf gegen den überwiegend buddhistisch geprägten Staat. Mehr als 6.500 Menschen starben im Verlauf der Jahre. Fast täglich kommt es zu Attacken mit Sprengstoff und Schusswaffen.

Der Politische Islam ist Nährboden für **weltweite Christenverfolgungen**. Das Christentum ist die weltweit am stärksten verfolgte und unterdrückte Religionsgemeinschaft. Schätzungen gehen von weltweit rund 100 Millionen Christen aus, die in über

50 Ländern wegen ihres Glaubens benachteiligt oder durch Verhaftungen, Misshandlungen, Folter oder Tod bedroht sind. Die Länder mit den meisten Christenverfolgungen sind überwiegend Staaten, in denen der Islam die häufigste Religion ist.

Konvertiten, die vom islamischen zum christlichen Glauben übergetreten sind, sehen sich mit öffentlicher Verachtung, systematischer Diskriminierung oder Strafverfolgung wegen angeblicher Blasphemie in islamischen Staaten konfrontiert. Sie werden bei der Arbeitssuche benachteiligt, verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder, werden bestraft, wenn sie öffentlich beten. In manchen Staaten droht ihnen sogar die Todesstrafe. Der leitende Imam der ägyptischen Al-Azhar-Universität, die als weltweit führende Institution des sunnitischen Islam gilt, hatte im Sommer dieses Jahres im ägyptischen Staatsfernsehen unterstrichen: Wer den Islam verlasse und nicht Buße tue, habe die Todesstrafe verdient.

Die Religion des Terrors ist der Politische Islam.

Es gibt keine andere Ideologie, die den weltweiten Terror qualitativ wie quantitativ so prägt wie der Politische Islam. Durch ihn wird der islamistische Terror legitimiert und motiviert. Islamistische Terroristen rufen bei einem Anschlag „Allah ist groß“ und sehen sich als Märtyrer. Deshalb ist es falsch zu sagen, der Terror habe nichts mit dem Islam zu tun. Überall, wo sich Terroristen auf den Koran berufen, wo der Islam für Gewalt missbraucht wird, wo muslimische Geistlichkeit Terror predigt, hat der Terror mit dem Politischen Islam zu tun. Wer den **Zusammenhang von Politischem Islam und Terror** nicht wahrnimmt, wird die weltweit agierende Ideologie der Gewalt nicht stoppen. Wer blauäugig die offensichtlichen Motive der Täter verneint, wird die Gewalt im Namen der Religion nicht beenden. Wer den Zusammenhang von Politischem Islam und Terror verneint, der hat den Kampf gegen den Terror schon verloren. Mit grausamer und menschenverachtender Brutalität hat sich dieser Terror in den vergangenen Monaten auch in Europa ausgebreitet. Hunderte Menschen wurden getötet oder verletzt.

- Bei den Anschlägen im **Pariser Musikclub „Bataclan“** und auf das **Fußballstadion in Paris** beim Spiel der deutschen Nationalmannschaft kamen 130 Menschen ums Leben, über 300 wurden verletzt.
- Beim Angriff auf die Redaktion des Satiremagazins **„Charlie Hebdo“ in Paris** erschossen die Attentäter mit Sturmgewehren zwölf Menschen und riefen: „Wir haben den Propheten gerächt“.
- Beim Terroranschlag von **Nizza** wurden über 80 Passanten und Touristen auf der Strandpromenade mit einem LKW getötet, Hunderte verletzt.
- Die Anschläge auf die **Brüsseler U-Bahn und den Flughafen** haben rund 40 Menschen das Leben gekostet und mehr als 300 Menschen verletzt.

- Die Terrororganisation **Boko Haram** tritt in **Nigeria** für die Einführung der Scharia ein. Mit unzähligen Anschlägen, Entführungen und Morden terrorisiert sie Nigeria und die Nachbarländer. Sie verübt fast täglich Anschläge gegen Kirchen, Schulen, christliche Dörfer, aber auch gegen andere Muslime.
- Die Anschläge von **Ansbach und Würzburg** sowie der Terrorverdacht von Chemnitz zeigen: Der **Terror des Politischen Islam** ist auch **in Deutschland** angekommen.

2. Der Totalitarismus des Politischen Islam

Der Politische Islam hat einen totalitären Machtanspruch.

Im Politischen Islam verbinden sich weltlicher und geistlicher Machtanspruch. Die in der westlichen Welt verbreitete Trennung von Kirche und Staat kennt der Politische Islam nicht. „Der Islam ist politisch, oder er ist nicht Islam“, formulierte Ajatollah Chomeini. Der Politische Islam lässt keine andere normative Ordnung neben sich zu. Er steht für die **Einheit von Religion und Staat**. Das Machtstreben des Politischen Islam äußert sich vor allem im Kalifat, totalitären islamischen Regimen und in nationalistischen Ausprägungen.

- Der **sogenannte Islamische Staat (IS)** ist eine global-dschihadistische Terrormiliz, die ein Kalifat aufbauen will. Immer wieder wird in der Propaganda des IS das künftige Kalifat skizziert, das Teile Asiens, Afrikas und Europas umfassen soll. Der selbsternannte Kalif Abu Bakr al-Baghdadi, Anführer des IS, rief aus: „Ein islamischer Staat kann nur bestehen, wenn das Gesetz Allahs vollstreckt wird. Dazu brauchen wir Macht und Stärke: ein Buch, das den Weg weist, und ein Schwert, das der Religion zum Sieg verhilft.“ Der IS kontrolliert Teile Syriens und des Irak und unterhält daneben ein globales Netzwerk des Terrors. Er bekannte sich etwa zu den Anschlägen von Brüssel und Paris.
- In **Afghanistan** wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Konflikte ausgetragen, die auch religiöse Motive hatten: In den 1990er Jahren brach ein innerafghanischer Bürgerkrieg aus, mit weitgehender Machtübernahme durch die radikal-islamischen Taliban. Ein Regime des Schreckens und der Unterdrückung wurde installiert: Systematische Massaker, ethnische Säuberungen und Gewalt gegen Teile der Bevölkerung waren Teil der Machtsicherung. Bis heute dauern die Kämpfe zwischen Taliban und afghanischen Sicherheitskräften in Teilen des Landes an.
- Die **Iranische Revolution von 1979** und die darauf folgende Re-Islamisierung der iranischen Gesellschaft zeigten deutlich die Auswirkungen des Politischen Islam: „Der islamische Staat ist ein Staat des Gesetzes. In dieser Staatsform gehört die Souveränität einzig und allein Gott. Das Gesetz ist nichts anderes als der Befehl Gottes“, sagte Ajatollah Chomeini. Es wurde ein politisches System installiert, das

der Einheit von Religion und Staat entsprach, Gesetze mussten sich am Koran und der islamischen Rechtstradition orientieren. Trotz Abschwächungen wirkt dieses System bis heute fort.

In **Saudi-Arabien**, wo die streng traditionalistische Ausprägung des Islam, der **Wahhabismus**, praktiziert wird, wird der Islam zur Sicherung der Machtverhältnisse und für einen Führungsanspruch in der arabischen Welt eingesetzt. Kräfte in Saudi-Arabien nutzen den Islam und die religiösen Institutionen im Land, um eine **geistliche Oberhoheit** über die weltweite muslimische Gemeinschaft anzustreben.

Die **Türkei** ist einerseits ständig terroristischen Angriffen des sogenannten IS ausgesetzt. Andererseits wird in der Türkei kontinuierlich das laizistische Erbe des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk ausgehöhlt und die **Gesellschaft re-islamisiert**: durch die Aufweichung des Kopftuchverbots in Behörden und öffentlichen Institutionen wie Universitäten oder durch die aufkommenden Forderungen nach einer islamischen Verfassung. Die Re-Islamisierung geht einher mit einem übersteigerten Nationalismus: Eine islamisierte Türkei, die „neue Türkei“, strebt nach einer Führungsrolle in der islamischen Welt.

Der **türkische Verband Ditib übt Einfluss auf die türkisch-islamischen Moscheevereine in Deutschland** aus. Ditib ist dauerhaft dem staatlichen „Präsidium für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei unterstellt, das seinerseits dem türkischen Ministerpräsidentenamt angegliedert ist. Über Ditib entsendet die Türkei rund 1.000 Imame nach Deutschland. Sie sind in der Türkei ausgebildet, werden vom türkischen Staat bezahlt und können faktisch als türkische Staatsbeamte angesehen werden. Über die Moscheevereine haben sie weitreichende religiöse, kulturelle und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten.

Protagonisten in der Türkei oder Saudi-Arabien üben global **systematischen Einfluss auf die im Ausland lebenden Staatsangehörigen** aus. Der heutige Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, rief vor 16.000 Deutschtürken in der Köln-Arena seine Landsleute auf, sich **nicht zu assimilieren**, denn das sei „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Er sprach von der „türkischen Gemeinschaft“, die in der Welt verbunden bleibe durch die anatolische Heimat. Die Solidaritätskundgebungen von Deutschtürken nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei zeigen den Erfolg von Erdogans Bemühungen um eine enge Anbindung der Auslandstürken.

3. Kulturelle Dominanz des Politischen Islam

Der Politische Islam nimmt die westlichen Werte zum Feindbild.

Europa ist geprägt von der Aufklärung, dem Humanismus, dem Prinzip der Individualität und der Moderne mit ihren universellen, unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechten. Auf dieser Basis haben **westliche Gesellschaften den Weg des Fortschritts** eingeschlagen und beschreiten ihn weiter. Im Gegensatz dazu hat das

Aufkommen des Islamismus in den 1970er Jahren viele islamische Länder in die Vergangenheit zurückgeführt. Seit der Politische Islam an Einfluss gewinnt, schlägt ein **Teil der islamischen Welt** einen entgegengesetzten Weg zum Westen ein: Statt Offenheit und Toleranz wählen viele islamische Länder den Weg der **Abschottung**. Nicht die Errungenschaften der Moderne, sondern **Intoleranz** und **Fortschrittsfeindlichkeit** prägen dort das Gesellschaftsbild.

Gezielt richtet sich der Politische Islam gegen den Westen und seine Werte. Tragende **Prinzipien der westlichen Gesellschaften** wie Individualität, Pluralismus und Säkularität gelten dem Politischen Islam als **Ausdruck** eines unislamischen, dekadenten und moralisch **verwerflichen Denkens**. Aus einem subjektiven Gefühl der Demütigung lehnt er alles ab, was kennzeichnend für den wirtschaftlich und technologisch erfolgreicheren Westen ist. Bestrebungen hin zu Demokratie, Gleichberechtigung, Freiheitsrechten, universellen Werten oder Bildung des Individuums werden im Keim erstickt und gewaltsam zurückgedrängt. Die Namensgebung der islamistischen Terrororganisation Boko Haram, übersetzt etwa „Verbot westlicher Bildung“, spricht Bände.

Der Politische Islam strebt eine kulturelle Dominanz gegenüber der Mehrheitsgesellschaft an.

Aus der Verachtung Andersgläubiger und der Ablehnung des Westens zieht der Politische Islam den Schluss, seine **vermeintlich bessere Lebensweise allen anderen Menschen aufzuerlegen**. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich das öffentliche Leben so weit als möglich nach den Normen des Islam ausrichtet, wie sie die Anhänger des Politischen Islam propagieren.

- Der Politische Islam motiviert islamische Gesellschaftsteile dazu, rigoros Lebens- und Gesellschaftsmodelle aus islamischen Herkunftsländern beizubehalten und auszuleben. **Konflikte mit der Rechts- und Kulturordnung des Gastlandes** werden kompromisslos in Kauf genommen. Der Politische Islam beruft sich auf eine „natürliche Veranlagung des Menschen“ und rechtfertigt damit Mehrehen, Kinder-ehen, Genitalverstümmelungen, die Verfolgung Homosexueller oder strenge Kleidungs-vorschriften.
- Der Politische Islam hat das Ziel, für die islamischen Gesellschaftsteile eigene Strukturen aufzubauen und sie von der Mehrheitsgesellschaft abzuspalten. Mit Friedensrichtern und einer illegalen **Paralleljustiz** will er der **Scharia** unter Muslimen auch in Deutschland Gültigkeit verleihen und missachtet die staatliche Gerichtsbarkeit. Repressionen für die eigenen Angehörigen bis hin zu "Ehrenmorden" sind die Folge. Parallelgesellschaften sind der erste Schritt zum islamistischen Staat im Staat.
- Der Politische Islam übt öffentlichen Druck aus, um **überobligatorische Sonderregeln** durchzusetzen und seine Einfluss-sphäre zu erweitern. Schweinefleisch in

Schulkantinen faktisch abzuschaffen; oder getrennten Unterricht für Mädchen und Jungen einzuführen; oder gesonderte Badezeiten für muslimische Frauen vorzusehen; oder muslimische Gebetsräume in öffentlichen Einrichtungen zu installieren; oder Kopftücher auf der Richterbank zu erlauben – all dies geht weit **über die zumutbare Rücksichtnahme** der Mehrheitsgesellschaft gegenüber einer religiösen Gruppe hinaus. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, das **kulturelle Erscheinungsbild des Gastlandes im Sinne des Politischen Islam zu verändern**, und zwar für Muslime ebenso wie für Nicht-Muslime.

- Die islamische **Vollverschleierung** durch Burka und Niqab ist eine Herabsetzung und **Entwürdigung der Frau**. Sie ist unvereinbar mit unserem Verständnis von Gleichberechtigung und der Würde der Frau. Wer sie propagiert, verfolgt einen bewussten Affront gegen unseren Kulturkreis und gegen die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaft. Wer dagegen angebliche Freiwilligkeit oder die Religionsfreiheit anführt, muss wissen: Religiöse Selbstbestimmung ist nicht um den Preis der Würde der Frau zu haben. Vielmehr sind Burka und Niqab sichtbare Symbole des Politischen Islam in der Öffentlichkeit.

Der Politische Islam instrumentalisiert übersteigerte Toleranz in westlichen Gesellschaften für seine Zwecke.

Kern der Offenheit und Toleranz in der westlichen Welt ist die Religionsfreiheit. Nirgendwo sonst ist die Religionsfreiheit so stark ausgeprägt wie in unserem Kulturkreis. Der Politische Islam nutzt dies aus, um **unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit** seine eigenen kulturellen Vorstellungen durchzusetzen. Er nutzt das Einfallsstor der Religionsfreiheit bei uns, obwohl er sie selbst zutiefst ablehnt und dort, wo er herrscht, nie erlauben würde.

Der Politische Islam trifft Deutschland in einer Situation kultureller Selbstschwächung. In bestimmten Teilen der Gesellschaft findet er eine **Selbstrelativierung unserer Werte** vor. Wenn von Teilen der deutschen Öffentlichkeit die universelle Geltung unserer Werte geleugnet, stattdessen linker Multikulturalismus gepredigt und überzogene politische Korrektheit als "Kultursensibilität" geschönt wird, dann muss das auf den Politischen Islam wie eine **Einladung** wirken, mit **kultureller Dominanz aufzutreten**. Vorauseilender Gehorsam und Selbstzensur öffnen dem Politischen Islam regelrecht die Tür, um sein Gesellschaftsbild bei uns durchzusetzen.

Der Politische Islam setzt bei seinem Streben nach kultureller Dominanz auch gezielt auf **Provokationen gegen die kulturelle Identität des Gastlandes**. Der Politische Islam kalkuliert bei den Provokationen ein, dass die deutsche Öffentlichkeit darauf zurückweichend reagiert. Wenn christliche Sankt-Martins-Feste umbenannt, Kreuzfixe in Klassenzimmern abgehängt, auf Weihnachtsfeiern verzichtet, Minarette so hoch wie Kirchtürme gebaut und Muezzinrufe so laut wie Glockengeläut werden sollen – dann geben wir vorauseilend die kulturellen Identifikationsmerkmale unserer christlich geprägten Gesellschaft auf.

Teil der Strategie ist es, Diskussionen um den Politischen Islam als Angriff auf die Religionsfreiheit darzustellen und damit abzuwürgen. Seine Protagonisten reklamieren sofort die **Opferrolle** für sich und verteidigen sich mit dem Totschlagargument "Islamophobie". Eine ernsthafte Auseinandersetzung wird damit verhindert, berechnete Anliegen der Mehrheitsgesellschaft von Beginn an abgelehnt.

4. Der Politische Islam als Integrationshindernis

Der Politische Islam behindert Integration.

Unsere gelebte Toleranz, Offenheit und Individualität lehnt der Politische Islam strikt ab. Anhänger des Politischen Islam **warnen** gläubige Muslime **vor den Gefahren der Integration in nicht-muslimischen Ländern** und fordern dazu auf, ihren heimischen Gepflogenheiten treu zu bleiben. Trauriger Tiefpunkt war die bereits erwähnte Kölner Rede Erdogans und sein Aufruf, sich nicht zu assimilieren. Ziel ist es, die Übernahme von Werten des Gastlandes auch bei anderen Menschen im persönlichen Umfeld zu verhindern und jüngere Muslime von der Mehrheitsgesellschaft abzuschotten. Im Vergleich zu nicht-muslimischen Migranten ist die **Teilnahmequote** muslimischer Migranten an **Integrationskursen** nur halb so hoch. Gleichzeitig brechen Muslime die Kurse fast viermal häufiger vorzeitig ab als Nicht-Muslime.

Besonders im Blickfeld des Politischen Islam stehen junge Flüchtlinge. Gezielt umwirbt der **Politische Islam** muslimische Flüchtlinge und **propagiert einen Kampf des Westens gegen den Islam**. Er nutzt die Unwissenheit und Unsicherheit der Neu-Angekommen in einer für sie ungewohnten Situation, um sie für seine religiösen und politischen Zwecke zu missbrauchen.

Der Politische Islam schafft Parallelgesellschaften.

Gesellschaftliche und rechtliche Fragen von Ehe und Ehescheidung, Erbschaft und Eigentum, kommerziellen Transaktionen, vertraglichen Beziehungen und vielem mehr werden am Rechtsstaat vorbei durch **Friedensrichter und Paralleljustiz** geklärt. Im Politischen Islam betonen Rechtsgelehrte eine vermeintliche Überlegenheit der Scharia und Souveränität der islamischen Gemeinschaft über die Rechtsordnung unseres Landes. Eine Befragung türkischstämmiger Einwanderer in Deutschland durch die Universität Münster zeigt, wie sich derartige rechtsstaatsfeindliche Behauptungen bei den zumeist muslimischen Angesprochenen verfestigen: Für 47 Prozent der Befragten ist die **Befolgung der Gebote ihrer Religion wichtiger als die Gesetze des Staates**, in dem sie leben.

Der Politische Islam unterdrückt Frauen.

Wir sehen, dass patriarchalische Strukturen vom Politischen Islam ausgenutzt, verstärkt und verfestigt werden. Für den Politischen Islam lässt der Koran an der **Benachteiligung der Frau** und der männlichen Überlegenheit keinen Zweifel. Bewusst missachten seine Anhänger die Rechte von Frauen und stellen ihre Auffassung über

das Grundgesetz, den Friedensrichter über den Staat: Sie verwehren muslimischen Mädchen den Zugang zu Bildung, schließen sie von Sportveranstaltungen aus und stellen sie unter die Vormundschaft eines männlichen Verwandten. Noch im Kindesalter werden manche Musliminnen zwangsverheiratet, die Heirat von Andersgläubigen wird Frauen strikt untersagt. In der Ehe hat sich die Frau dem Mann klar unterzuordnen. Dem Mann obliegt die gesetzliche Vertretung der Kinder und bei ihm allein liegt nach einer Scheidung auch das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder. Bei Erbangelegenheiten erhält eine Frau grundsätzlich nur halb so viel wie ein Mann. Dieses Frauenbild ist nicht mit unserem Grundgesetz zu vereinbaren.

C. Schlussfolgerungen für unsere politische Arbeit

Der Kampf gegen den Politischen Islam entscheidet über die Zukunft unserer offenen Gesellschaft.

Der Politische Islam ist die **politische Gegenbewegung zu Aufklärung und Humanismus** – zurück zu einer patriarchalisch geprägten fundamentalistischen Gesellschaftsordnung. Die Ideologie des Politischen Islam stellt damit unsere Werteordnung und unsere freiheitliche Art zu leben radikal in Frage. Mehr noch: Er greift unsere Werte- und Gesellschaftsordnung durch die bewusste Ausnutzung unserer Grundwerte offen an. Wir müssen fragen: Nehmen wir die Agitation des Politischen Islam unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und der Toleranz hin? Oder findet unsere Gesellschaft die Kraft, auf die Ausnutzung unserer Grundrechte entschlossen und wehrhaft zu reagieren?

Die **CSU** hat diese Frage klar für sich beantwortet: Wir werden den **Kampf gegen den Politischen Islam auf allen Ebenen** entschlossen führen und Verstöße gegen unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung mit den jeweils angemessenen Mitteln beantworten.

Wir müssen ein Stoppschild gegen den kulturellen Dominanzanspruch des Politischen Islam aufstellen.

Für alle in unserem Land – gleich welchen Glaubens – ist unsere Leitkultur der Maßstab gelingenden Zusammenlebens. Der kulturelle Dominanzanspruch des Politischen Islam ist mit unserer Leitkultur absolut unvereinbar. Unsere Leitkultur ist der Sicherheitsmechanismus, der unsere Werteordnung gegen feindliche Ausnutzungsversuche schützt. Die CSU ist die Partei, die die Achtung und **Geltung unserer Leitkultur** durchsetzt. Wir verteidigen unsere Leitkultur und werden dafür sorgen, dass die Leitkultur Bestandteil unserer Bayerischen Verfassung wird.

In Zeiten globaler Krisen ist es von existenzieller Bedeutung, dass wir mit einem klaren **Bekenntnis zu unserer eigenen Kultur** stehen und einer Selbstrelativierung unserer Werte entschieden entgegenwirken. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit dem Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“. Wenn damit nur gesagt werden soll, dass Muslime in Deutschland leben, ist er trivial und überflüssig. Wenn damit mehr

gesagt werden soll, ist er falsch: Der Islam hat Deutschland weder historisch noch kulturell geprägt und ist auch nicht identitätsstiftend für unsere Gesellschaft. In diesem Sinne gehört der Islam nicht zu Deutschland. Stattdessen befördert der Satz die Selbstrelativierung unserer kulturellen Identität und kann als Einladung an den Politischen Islam missverstanden werden, in Deutschland unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit Dinge für sich zu beanspruchen, die nicht im Einklang mit unserer Verfassung und unserer Leitkultur stehen. **In diesem Sinne ist der Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ ebenso falsch wie gefährlich.**

Wir dürfen nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, wie wir in Deutschland leben möchten. Dazu gehört, dass wir **nicht aus vorseilendem Gehorsam** in unserem Land auf unsere kulturellen Gepflogenheiten verzichten. Stattdessen müssen wir unsere kulturelle Identität aktiv verteidigen und unsere christlich geprägten Sitten und Traditionen auch leben.

- Die Umbenennung von **Christkindlmärkten** in Winterfeste oder von **St. Martinsumzügen** in Lichterfeste aus vorgeschobenen Gründen der "Kultursensibilität" ist eine Bankrotterklärung.
- Es besteht kein Anlass, in **öffentlichen Kantinen, Kindergärten und Schulen auf Schweinefleisch** zu verzichten. Wir zwingen niemanden zum Verzehr von Schweinefleisch, aber: So wie wir es akzeptieren, dass Muslime kein Schweinefleisch essen, müssen es Muslime umgekehrt akzeptieren, dass in Deutschland traditionell Schweinefleisch gegessen wird.
- Gesonderte **Badezeiten für Muslime** in öffentlichen Schwimmbädern lehnen wir ab. Derartige Sonderrechte bedeuten Separation, keinesfalls Integration.
- Muslimische Mädchen sollen am **Schwimmunterricht** teilnehmen. Das ist Teil der Schulpflicht.
- In Deutschland gehört es sich, sich mit **Handschlag** zu begrüßen. Das ist bei uns ein Zeichen der Anerkennung, des Respekts und der Gleichberechtigung. Der Handschlag darf Frauen nicht verweigert werden.
- Wir schützen die **Errungenschaft der Gleichberechtigung** vor einer faktischen Aushöhlung. Im Bildungs- und Erziehungsbereich setzen wir klare Regeln: Der Respekt gegenüber Lehrerinnen durch muslimische Schüler und deren Angehörige hat eine Selbstverständlichkeit zu sein. Die Anweisung einer Lehrerin hat genauso befolgt zu werden wie die eines männlichen Lehrers.
- **Wir sagen: Null Toleranz gegenüber Verweigerungshaltungen**, die aufgrund des Geschlechts erfolgen – beispielsweise gegenüber Polizistinnen oder weiblichen Sicherheitskräften. Gleiches gilt auch für den weiteren Bereich der Daseinsvor-

sorge, insbesondere bei Behandlungen durch Ärztinnen, Essensausgabe in Flüchtlingsheimen durch Frauen oder bei der Wohnungsvermittlung durch Maklerinnen.

- Wir finden es nicht richtig, wenn **junge Mädchen** bereits in der Grundschule **Kopftuch** tragen sollen. Es ist Ausdruck der Sexualisierung von Kindern und nimmt den jungen Mädchen die Chance, sich in der Schule im Kindesalter frei und gleich bewegen zu können.

Wir müssen die Defizite gegenüber unserer Werteordnung klar benennen.

Wir geben **keinen kulturellen Rabatt**, wenn es zum Konflikt mit unserer Werteordnung oder unserer Leitkultur kommt. Bei uns gilt unsere Werteordnung uneingeschränkt.

- Die **Gleichberechtigung von Mann und Frau** ist eine große Errungenschaft der modernen Gesellschaft und steht nicht zur Disposition. Wir fordern deshalb ein umfassendes **Verbot von Burka und Niqab, wo immer dies rechtlich möglich ist**. Beide sind nicht Ausdruck gelebter Religiosität, sondern schlicht ein Instrument der Entrechtung und Entpersonalisierung von Frauen. Die Vollverschleierung wirkt in unserem westlichen Kulturkreis verstörend und verhindert jegliche Integration. Die Vollverschleierung ist ein Schlag ins Gesicht unserer offenen Gesellschaft, die Negierung der Gleichberechtigung von Mann und Frau und die bewusste Ablehnung unserer Art zu leben.
- Wir bekennen uns zu unserer **unabhängigen und neutralen Justiz** als Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Alle Verfahrensbeteiligten müssen auf die Unabhängigkeit und die Neutralität bei Richtern und Staatsanwälten vertrauen können. Dieses Vertrauen darf nicht durch das äußere Erscheinungsbild einer Richterin oder Staatsanwältin erschüttert werden. Für die CSU ist deshalb klar, dass ein **Kopftuch nichts auf der Richterbank** verloren hat. Dort wird Im Namen des Volkes gesprochen und nicht im Namen einer Religion. Das Tragen des Kopftuchs verbietet sich für Vertreter der Staatsgewalt.
- Wir tolerieren in Deutschland **weder Kinderehen noch Mehrehen**. Junge Mädchen gehören in die Schule – nicht vor den Traualtar. Im schlimmsten Fall führt die Anerkennung von Kinderehen zu einer Legalisierung fortgesetzten Kindesmissbrauchs. Die **Ehemündigkeit** muss sich deshalb künftig **nach deutschem Recht** richten. Ehen von unter 18-jährigen Mädchen wären damit ausgeschlossen. Kinderehen müssen künftig von Anfang an nichtig sein. Die betroffenen Mädchen müssen unmittelbar von den Bindungswirkungen der Ehe freigestellt werden. Der zuständige Bundesjustizminister muss endlich handeln und den vom Bayerischen Justizminister vorgelegten Gesetzesvorschlag zügig umsetzen.

Wir brauchen einen europäisch aufgeklärten Islam.

Als Verfechter der offenen Gesellschaft müssen wir selbstbewusst die Frage stellen, welcher Islam zu Deutschland passt. Das kann nur ein Islam sein, der mit unserer

Werteordnung aus Humanismus und Aufklärung übereinstimmt und sich in unsere freiheitliche Ordnung einfügt.

Wir wollen Muslime, Mitbürger und Strukturen bekräftigen und unterstützen, die das Zusammenleben in unserer Gesellschaft im Sinne einer freiheitlichen und aufgeklärten Grundhaltung sowie im Einklang mit unserer Werteordnung gestalten. Dazu gehören Aktivitäten im bürgerschaftlichen Engagement genauso wie die gleichberechtigte und selbstbestimmte Rolle der Frau.

- Wir fordern, dass die **Muslime in Deutschland** sich **für einen Islam einsetzen**, der unserer Werteordnung aus Humanismus und Aufklärung entspricht und sämtlichen wahhabitischen und salafistischen Strömungen eine klare Absage erteilt. Dazu gehört in einem ersten Schritt, dass die islamische Theologie dazu bereit ist, die Individualität des Menschen anzuerkennen und den Koran historisch-kritisch einzuordnen. Ansonsten kann weder der Gedanke eines gewaltbereiten Dschihad aussterben, noch eine komplette Entpolitisierung der Religion erfolgen.
- Wir brauchen eine **Überprüfung der Imame**. Nahezu die Hälfte der nach Syrien und in den Irak ausgereisten Islamisten war zuvor in einer Moscheegemeinde, einem Moscheeverband oder einem Moscheeverein aktiv. Diese alarmierenden Zahlen machen deutlich, dass wir wissen müssen, wer in deutschen Moscheen predigt und welche Ideologien dort vermittelt werden. Eine Verherrlichung des „Heiligen Krieges“ oder des „Martyrertums“ nach islamistischem Verständnis wird in Deutschland nicht geduldet. Islamische Bildungseinrichtungen sind künftig stärker auf Lehrinhalt und Ideologie zu überprüfen.
- Die CSU wird die **muslimischen Verbände** in Deutschland verstärkt **in die Pflicht nehmen**. Diese müssen darüber informieren, wen sie vertreten, von wem sie gesteuert werden und auf wen sie einwirken. Die muslimischen Verbände müssen außerdem größere Anstrengungen gegen die Radikalisierung junger Muslime unternehmen und hier verstärkte Präventionsarbeit leisten. Für uns ist klar, dass muslimische Verbände wie Ditib endlich Farbe bekennen müssen: Wollen sie als Partner bei integrativen Aufgaben mitarbeiten, dann müssen sie aufhören, die Ideologie anderer Staaten und totalitärer Machthaber in ihren Gemeinden zu verkünden.
- Künftig müssen **mehr Imame in Deutschland ausgebildet** werden. Ihre **Predigten** sollen auch **in deutscher Sprache** gehalten werden. Dies ist nicht nur aus Sicherheitsgründen geboten, sondern kann auch Vorbildcharakter für Migranten haben, die die deutsche Sprache zu erlernen. Die Aufnahme von Imamen aus dem Ausland, die nicht zweifelsfrei auf dem Boden der Verfassung stehen, muss beendet werden.
- Mit einem Islamgesetz wollen wir den **Einfluss aus dem Ausland** auf die islamischen Gemeinden in Deutschland deutlich **verringern**. Wir wollen die Moschee-

gemeinden in Deutschland dazu anhalten, mehr Autonomie gegenüber ausländischen Verbänden wie Ditib an den Tag zu legen. Wir sind überzeugt, dass die in Deutschland lebenden Muslime nur dann einen Weg zu einem europäisch aufgeklärten Islam finden können, wenn der Einfluss ausländischer Kräfte auf die hiesigen Gemeinden aufhört. Wir fordern von den Islamverbänden, dass sie aktiv an der Begrenzung des Einflusses aus dem Ausland mitwirken, und unterstützen sie dabei.

Wir werden einen kompromisslosen Kampf gegen den islamistischen Terror führen. Zur Abwehr islamistischer Gefahren ist eine strukturelle und nachhaltige **Stärkung unseres Sicherheitsapparates** von existenzieller Bedeutung.

- Bis 2020 schaffen wir im Freistaat **zusätzliche 2000 Polizeistellen**. Damit hat die Polizei in Bayern den höchsten Personalstand aller Zeiten. Wir erwarten vom Bund, dass er unserem Beispiel folgt und seine Sicherheitsdienste ebenfalls entsprechend stärkt.
- Wir werden die **Schlagkraft der Justiz** im Bereich des Staatsschutzes **erhöhen**, z.B. durch eine neue „Zentralstelle Extremismus“ bei der Generalstaatsanwaltschaft München.
- Wir wollen die **Bundeswehr im Innern** für den Anti-Terror-Kampf einsetzen. Unsere Soldaten müssen im Extremfall unsere Polizei unterstützen. Wir fordern dafür eine Änderung des Grundgesetzes.
- Für unsere Sicherheit sind **effektive Einreisekontrollen** und die **Sicherung unserer Grenzen** unerlässlich. Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt. Personen, deren Identität nicht zweifelsfrei feststeht, müssen wir an der Grenze festhalten und gegebenenfalls zurückweisen können. Jeder einzelne Flüchtling, der sich in unserem Land befindet, muss von den Behörden persönlich angehört und genauestens überprüft werden.
- Unser Rechtsstaat darf nicht hinter den Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleiben. Dafür müssen die Befugnisse unseres Rechtsstaates erweitert werden. Im Kampf gegen den Terrorismus muss die **Verkehrsdatenspeicherung** ausgeweitet werden.
- Verurteilte Extremisten, von denen weiterhin eine Gefahr ausgeht, müssen mit einer **elektronischen Fußfessel** überwacht werden können.
- Im Kampf gegen den extremistischen Terrorismus können wir es nicht akzeptieren, dass Extremisten an Kampfhandlungen terroristischer Organisationen in Krisengebieten teilnehmen oder sich dafür ausbilden lassen. Wir treten dafür ein, dass solchen **Extremisten der deutsche Pass entzogen** wird. Wenn sie neben der

deutschen eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, muss ihnen die deutsche entzogen werden können.

- Wir befürworten ein **entschiedenes Vorgehen gegen** salafistische und andere **radikal-islamische Gruppierungen**. Dazu gehört auch die **Koranverteilaktion „Lies“** in deutschen Innenstädten. Mehrere ehemalige Koran-Verteiler sind mittlerweile in die Kampfgebiete nach Syrien oder in den Irak ausgereist. Es muss geprüft werden, ob „Lies“ wegen möglicher Unterstützung von oder wegen Werbung für ausländische terroristische Vereinigungen vereinsrechtlich verboten werden kann. Auch gegen salafistische Sympathisanten-Organisationen muss mit konkreten Verbotsverfahren vorgegangen werden.
- Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, die **Sympathiewerbung** für kriminelle und terroristische Vereinigungen wieder **unter Strafe** zu stellen. Es kann nicht sein, dass in Deutschland straflos für in- und ausländische Terrororganisationen und kriminelle Vereinigungen geworben werden darf und hierdurch der Nährboden für terroristische Gewalt bereitet wird.
- Wir wenden uns entschieden **gegen jede Art von Extremismus**: Extremistische Bestrebungen im Zusammenhang mit islamfeindlichen Äußerungen oder Handlungen werden nicht geduldet. Bayern war auch in diesem Bereich Vorreiter und hat als erstes Land die **Islamfeindlichkeit** – sofern sie sich gegen unsere verfassungsrechtliche Grundordnung wendet – als **neue Form des Extremismus** eingestuft.

Der Politische Islam ist ein globales Problem. Dem **islamistischen Terrorismus** muss **länderübergreifend begegnet** werden.

- Wir setzen uns für systematische **Kontrollen** auf den **zentralen Verkehrswegen** der EU und für eine rasche Umsetzung der **EU-Fluggastdatenspeicherung** ein.
- Effektive Terrorabwehr ist nur durch eine **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** unserer Sicherheitsbehörden und Dienste möglich. Wir fordern die Stärkung des European Counter Terrorism Centers bei Europol. Eine zeitnahe Intensivierung des europaweiten Informationsdatenaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden ist unerlässlich.
- Deutschland muss sich künftig verstärkt an **internationalen Allianzen gegen den Terrorismus** beteiligen. Langfristig ist Terror nur durch eine **vernetzte Sicherheitspolitik** zu bekämpfen, mit der militärische, humanitäre und nachrichtendienstliche Instrumente noch stärker einbezogen werden. Ziel muss es sein, gefährdete Staaten zu stabilisieren, um deren Abgleiten in die Destabilität und den Islamismus zu verhindern.

Die CSU nimmt die konkrete Gefahr durch radikalisierte Muslime ernst. Die jüngsten terroristischen Anschläge in Würzburg und Ansbach, aber auch die Ereignisse von Chemnitz haben uns auf drastische Weise verdeutlicht, dass wir der **Gefahr**, dass **Islamisten** bei uns versuchen, potentielle Kandidaten für den gewaltbereiten **Dschihad** zu rekrutieren, konsequent und **nachhaltig begegnen** müssen.

- Zu den bereits bestehenden Maßnahmen gegen Salafismus, Islamismus und Extremismus werden wir bayernweite **Präventionsstrukturen** aufbauen, um gezielt auch das Umfeld von Gefährdern zu sensibilisieren: Schulen, Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit. In speziellen Initiativen werden Mütter künftig besonders sensibilisiert und befähigt, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren von Salafisten an andere Mütter weiterzugeben. Wir starten zudem eine Radikalisierungsprävention auch im Internet.
- Eine zentrale Rolle bei der Integration haben die **Einrichtungen der Jugendhilfe und die Schulen**. In die Deutschförderung und Wertevermittlung investieren wir weiter massiv. An unseren Schulen wird Prävention und Krisenintervention von Schulpsychologen und der Jugendsozialarbeit geleistet. Dies wollen wir weiter verstärken. Wir wollen, dass das Angebot des Islamunterrichts fortgeführt und verbreitet wird, um jungen Menschen eine Alternative zur religiösen Erziehung in den Moscheegemeinden zu geben.
- Wir werden die modernen Strukturen der Extremismusprävention und der **Deradikalisierung im Justizvollzug** weiter ausbauen. Entwicklungen wie in Frankreich oder Großbritannien, wo extreme Radikalisierungsprozesse im Justizvollzug zu beobachten sind, wollen wir verhindern.